

Susanne Schultz

Familienpolitik und die „demografische Chance“ Zur postkatastrophistischen Phase einer neuen deutschen Bevölkerungspolitik

„Deutschlands Bevölkerung altert und schrumpft. Seit etwa drei Jahrzehnten sind die deutschen Geburtenraten so niedrig, dass eine Elterngeneration nur noch zu zwei Dritteln durch die eigenen Kinder ersetzt wird“, so die ersten dramatischen Sätze eines Strategiepapiers des deutschen Familienministeriums in Kooperation mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Institut der Deutschen Wirtschaft von 2004. Unter der Familienministerin Renate Schmidt proklamierte damals die rot-grüne Bundesregierung in ihrer zweiten Legislaturperiode eine „bevölkerungsorientierte Familienpolitik“ (BMFSFJ u.a. 2004: 3) – anderswo auch als „nachhaltige Familienpolitik“ bezeichnet. Familienpolitik müsse „dringend neu ausgerichtet und stärker an bevölkerungspolitischen Erfordernissen orientiert werden“ (ebd.: 21).

Nachdem jahrzehntelang zumindest in der alten Bundesrepublik vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik galt, den Umfang und die Zusammensetzung bzw. „Qualität“ der nationalen Bevölkerung nicht explizit zum Objekt familienpolitischer Bemühungen zu erklären, gerieten nun katastrophistisch aufgeladene Szenarien und Prognosen aus den aufblühenden Laboren der Demografie und Bevölkerungsstatistik ins strategische Zentrum der Debatte. Und sie wurden eine wichtige Folie, auf deren Grundlage nachfolgende Regierungen egal welcher parteipolitischer Zusammensetzung konkrete Reformen und Maßnahmen in der Familienpolitik umsetzten. Es entstand eine stark klassenselektiv angeordnete pronatalistische Familienpolitik, in deren Zuge Familienpolitik vom „Gedöns“ à la Gerhard Schröder zur zentralen Staatsfrage aufgewertet und demografische Expertise als politikberatende Leitwissenschaft etabliert wurde.

Seit 2009 hat die Bundesregierung diese familienpolitische Ausrichtung nun in eine praktisch alle staatlichen Politikbereiche betreffende „Demografiestrategie“ eingebettet, die als kohärentes Projekt sowohl einer „Anpassung“ an den so genannten demografischen Wandel als auch dessen „Gestaltung“ promotet wird. Gleichzeitig wurde die katastrophistische Rhetorik abgemildert. Mit dem

Motto einer „demografischen Chance“ (so Titel des Wissenschaftsjahrs 2013) steht die Mobilmachung zum Gebären als nationale Rettungsaktion nicht mehr so stark im Fokus. Vermittelt wird eher ein Konglomerat aus Maßnahmen, Absichtserklärungen und Anrufungen an verschiedene gesellschaftliche Akteure, auf deren Grundlage „wir“ zuversichtlich in die nationale Zukunft schauen können.

Was hat es mit dieser Entwicklung zu einer gleichzeitig postkatastrophistisch gewendeten wie allumfassenden Präsenz des Demografischen in der staatlichen Politik auf sich? Und wie ist Familienpolitik hier eingebunden? Diesen Fragen gehe ich aus einer intersektionalen Perspektive auf biopolitische Nationalstaatlichkeit nach.

Den Begriff des Postkatastrophismus übernehme ich von Jahn/Wehling (1998: 81). Sie bezeichnen damit die umweltpolitische Stimmung der 1990er Jahre, in der nicht mehr wie vorher in den 1970er und 1980er Jahren eine drohende Apokalypse Bezugspunkt war, sondern eher Möglichkeiten der Regulation von Umweltproblemen. Im Folgenden führe ich zunächst kursorisch einige Koordinaten meines theoretischen Zugangs ein (ausführlich Schultz 2006). Einführend rekapituliere ich wesentliche Grundzüge der seit 2002 etablierten „nachhaltigen“ oder „bevölkerungsorientierten“ Familienpolitik. Anschließend untersuche ich dann, wie sich die regierungspolitischen Positionen zu Familien- als Geburtenpolitik in den letzten Jahren entwickelten und in eine umfangreiche Demografiestrategie eingebettet wurden. Welche inhärenten Widersprüche werden im Rahmen des postkatastrophistischen Diskurses bearbeitet – und welche Kohärenz hergestellt? Es folgt resümierend der Aufruf zu einer demografiekritischen linken, feministischen und antirassistischen Offensive.

Intersektionalität und Demografisierung: Anmerkungen zu Asymmetrien biopolitischer Staatlichkeit

Um aktuelle Familienpolitik als Geburtenpolitik im Rahmen biopolitischer (National)staatlichkeit analysieren zu können, beziehe ich mich auf das Koordinatensystem der Biopolitik bei Michel Foucault – und betrachte das Verhältnis zwischen den beiden biopolitischen „Polen“ aus einer intersektionalen Perspektive. Außerdem führe ich das Konzept der „Demografisierung“ als spezifisches Verhältnis zwischen beiden Polen ein und verankere es damit staatstheoretisch:

Foucaults Analyse von Biopolitik als zentrales Moment der Herausbildung moderner Staatlichkeit und als zwei Pole umfassend, nämlich den einer disziplinierenden Körperpolitik einerseits und den einer Verwaltung von Bevölkerung andererseits, ist inzwischen ein allseits bekanntes, vielfach wiederholtes Koordinatensystem (vgl. 1983: 166, 2001, 2003). Allerdings gerät der letztere, totalisierende

und spezifizierende Pol der Bevölkerungsverwaltung – und damit auch die an Prozesse der Verstaatlichung gebundenen Dimensionen von Biopolitik – gegenüber dem zweiten Pol einer individualisierenden Körper- bzw. Verhaltenspolitik heute im sozialwissenschaftlichen Mainstream eher in den Hintergrund. Es dominieren Perspektiven, die Tendenzen einer abstrakten Individualisierung neoliberaler Selbstverantwortung im Rahmen biotechnologischer oder biomedizinischer Entwicklungen in den Vordergrund stellen (vgl. Rabinow/Rose 2003).

Für die Frage einer Demografisierung von Familienpolitik ist aber gerade das Verhältnis zwischen beiden Polen der Biopolitik, nämlich zwischen demografischen Zielen einerseits und der Regierung des individuellen „reproduktiven Verhaltens“ andererseits analytisch zentral; und genauso wichtig ist es, das abstrakte Individuum, zu dessen Affirmation ex negativum manche der aktuellen Forschungen tendieren, zu überwinden und die Intersektionalität der biopolitischen Anordnung in den Blick zu nehmen.¹

Für eine intersektionale Perspektive auf Familien- als Geburtenpolitik ist das Konzept einer *stratified reproduction*, wie es im Kontext antirassistisch-feministischen Bewegungen und Debatten entstand, ein wichtiger Ausgangspunkt. Mit diesem Konzept kann deutlich werden, dass gesellschaftliche Machtverhältnisse entlang der Linien Rassismus, Konstruktion nationaler Zugehörigkeit, Eugenik oder sozialer Klassifizierung beeinflussen, wer dazu angeregt werden soll, Kinder zu bekommen oder nicht, aber auch wer eher dafür vorgesehen ist, „to be a parent, to be a caretaker, to have other caretakers for their children, to give nurture or to give culture (or both)“ (Ginsburg/Rapp 1995:3).

Eine demografie- und staatskritische Perspektive ermöglicht es, *stratified reproduction* über das Konstatieren einer multiplen sozialen Platzanweisung hinaus als Frage einer biopolitischen Anordnung des modernen Nationalstaates zu analysieren. Zentral hierfür ist, dass gesellschaftliche Hierarchisierungsmuster in Bezug auf die beiden biopolitischen Pole asymmetrisch angeordnet sind: Denn während die Nützlichkeit, „Qualität“ oder auch politische „Integrierbarkeit“ von Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppen auf der Ebene von Klassenzuschreibungen und Rassismus verhandelt wird, geraten Geschlechterverhältnisse in den Blick, wenn auf einer individualisierenden Ebene reproduktive Körper und reproduktives Verhalten verhandelt werden. Hier spielt die Paradoxie des modernen Staates eine zentrale Rolle, Gebären zwar im Kontext von Familie und Privatheit außerhalb des Politischen zu verorten, dabei aber gleichzeitig für staatliche Regulierung zu öffnen (vgl. Kontos 1998).

1 Hier sei Intersektionalität als historische Ko-Konstitution und spezifische Verschränkung von Rassismus, kapitalistischen Klassenverhältnissen und Geschlechterhierarchien verstanden, die in moderner Staatlichkeit verankert ist (vgl. Sauer 2012).

Das Verhältnis zwischen den beiden Polen ist aber auch zweitens insofern als asymmetrisches zu verstehen, als Foucault mit Biopolitik eine Überlagerung einer älteren Politik der Disziplinierung von Körpern durch eine neuere Politik der Bevölkerungsverwaltung beschreibt. Dies kann so verstanden werden, dass die Verwaltung durchschnittlicher Bevölkerungsphänomene durch den Staat zwar nicht einfach dominant gegenüber einer Politik des Privaten und Individuellen zu verstehen ist, sondern sich beides unter Umständen auch als „relativ autonom“ zueinander entwickelt, dass aber eine Politik der Verwaltung von Bevölkerungen sehr wohl dazu tendieren kann, die Machtlogiken der Disziplinierung individuellen Verhaltens und individueller Körper zu überformen, unterzuordnen und zu funktionalisieren.

Für Zeiten, in denen Familienpolitik explizit demografisch begründet wird, das heißt, in denen staatliche Strategien der nationalen Humankapitalverwaltung Fragen geschlechter- und familienpolitischer Arrangements des Kinderbekommens direkt einbeziehen, scheint genau dies zu gelten: Die Unterordnung des biopolitischen Pols des reproduktiven Verhaltens und der reproduktiven Körper unter den Pol der Bevölkerungsverwaltung wird explizit gemacht und als strategische Frage staatlicher Politik diskursiv bearbeitet.

Meines Erachtens ist es hilfreich, das Konzept der „Demografisierung“ genau an dieser Stelle in die Analyse biopolitischer Staatlichkeit einzubinden. Der Begriff der Demografisierung wurde von Diana Hummel, Eva Barlösius und anderen eingeführt, um die diskursiven Effekte kritisch bearbeiten zu können, die sich entwickeln, wenn Zahl, Verteilung und Zusammensetzung der (nationalen) Bevölkerung explizit als Grundlage staatlicher Politik verhandelt werden und gesellschaftliche Krisenphänomene und Konflikte auf der Grundlage demografischer, mathematisch-statistischer Daten und Prognosen auf spezifische Weise (re)formuliert werden (vgl. Hummel 2013; Barlösius 2007).

Demografisierung ermöglicht es etwa, Programme des Sozialabbaus als notwendige Konsequenzen eines objektiven demografischen Sachzwangs darzustellen und der politischen Verhandlung zu entziehen (vgl. *PROKLA* 146; Kistler/Trischler 2012; Bosbach/Korff 2012; ver.di 2003). Ein wichtiger Effekt von Demografisierung ist zudem, dass via Bevölkerungsstatistiken soziale Verhältnisse bestimmten, statistisch erfassten Gruppen zugeschrieben (ihnen sozusagen auf den Leib geschrieben) und an deren Vermehrung oder Verminderung gekoppelt werden, sei es die Zahl der „Ausländer“ als Ursache für Prozesse der Exklusion oder die Zahl der „Alten“ als Ursache für Krisen der sozialen Reproduktion und Sorgearbeit. Demografisierung kann insofern auch den Effekt haben, neue Konflikte zwischen so gefassten gesellschaftlichen Gruppen zu schüren, wie etwa die zwischen den Generationen oder zwischen Eltern und Kinderlosen (vgl. Baureithel 2007).

Demografisierung sollte jedoch meines Erachtens nicht im Sinne von Demagogie verstanden werden. Vielmehr gehe ich davon aus, dass Strategien einer demografischen Reformulierung sozialer Konflikte auf den Kern biopolitischer Staatlichkeit verweisen – nämlich genau auf die Problematik des Verhältnisses zwischen Bevölkerungsverwaltung und Körper/Verhaltenspolitik, wie es im modernen Nationalstaat angelegt ist und durch Prozesse der Demografisierung nur explizit im Sinne einer klaren Unterordnung von Körper- und Verhaltenspolitik unter die Maxime einer menschenökonomisch² begründeten Bevölkerungsverwaltung vereindeutigt wird.

Eine rehabilitierte Demografie und die „bevölkerungsorientierte“ Familienpolitik seit 2002

Die Rehabilitierung demografischen Wissens und die Formulierung explizit bevölkerungspolitischer Regierungsziele lassen sich seit der Wiedervereinigung Deutschlands und verstärkt seit der Jahrtausendwende beobachten. Explizit bevölkerungspolitische Ziele in Bezug auf Geburtenpolitik waren nach dem Nationalsozialismus zumindest in der Bundesrepublik Deutschland lange diskreditiert, und wurden staatlicherseits eher indirekt oder vereinzelt auf familien- und sozialpolitischer Ebene formuliert und verfolgt. Zwar betrieben bestimmte Kreise deutscher BevölkerungswissenschaftlerInnen – in einer großen personellen und inhaltlichen Kontinuität zur nationalsozialistischen Rassenhygiene, Statistik und Bevölkerungsökonomie – ihre Disziplin weiter. Sie erreichten mit der Gründung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1973 auch den Aufbau einer staatlichen Behörde – übrigens mit einem ersten Direktor, Hans Wilhelm Jürgens, der 1961 noch seine Habilitation über „Asozialität als biologisches und soziobiologisches Problem“ verfasst hatte (vgl. Heim/Schaz 1996: 111f).³ Insgesamt fühlte sich die bundesdeutsche Bevölkerungswissenschaft aber als akademische ebenso wie als politikberatende Disziplin eher marginalisiert (vgl. ZEW u.a. 2013:9).

2 Mit „Menschenökonomie“ beziehe ich mich auf den von Rudolf Goldscheid geprägten Begriff und auf damit operierende Debatten Anfang des 20sten Jahrhunderts, die aus Berechnungen über den Wert des Lebens volkswirtschaftliche Strategien einer selektiven Fortpflanzungspolitik ableiteten (vgl. Heim/Schaz 1996:24f).

3 Diese Tradition schien auch in einem Interview mit Charlotte Höhn, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und Delegationsmitglied auf der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 auf, in dem sie erklärte, es sei ein „Denkverbot“, „wenn man es für unzulässig erklärt, daß man sagt, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer“ (taz, 3.9.1994).

Seit Mitte der 1990er Jahre vervielfältigte sich in Deutschland dann aber die Anzahl von Forschungsinstituten und -programmen sowie privater Stiftungen oder Stiftungsschwerpunkte zu Demografie: 1996 wurde das „Max-Planck-Institut für demografische Forschung“ in Rostock gegründet, 2000 das private, medial einflussreiche „Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ ins Leben gerufen oder 2003 das Leitprojekt „Aktion Demographischer Wandel“ der Bertelsmann-Stiftung initiiert. Neben den alten konservativen Haudegen wie den Bevölkerungsforschern Herwig Birg oder Josef Schmid formierte sich eine neue, selbstbewusste Generation jüngerer DemografInnen. Auch medial nahm das Interesse am „demografischen Wandel“ extrem zu.⁴

Wichtiger Kontext dieses Aufwinds der Disziplin war sicherlich der allgemeine Schub einer „Normalisierung“ deutscher Politik nach der Wiedervereinigung; zweitens lieferte demografisches Wissen bereits für die erste „Rentendebatte“ und die Offensive des Sozialabbaus unter Rot-Grün Schützenhilfe. Und auch im Rahmen der Debatte um das Zuwanderungsgesetz wurde – etwa in der Süßmuth-Kommission – Migration als demografisch relevant verhandelt, allerdings vor allem mit dem Ergebnis, für das sich besonders konservative Bevölkerungswissenschaftler wie Herwig Birg starkmachten, Migration als „integrationspolitisch“ nicht machbare Lösung für das „demografische Problem“ zurückzuweisen (vgl. Oberndörfer 2005).

Die Rehabilitierung des Demografischen war die Grundlage, auf der die rot-grüne Bundesregierung dann ab 2002 ihre „nachhaltige“ Familienpolitik entwarf – und mit einer Reihe von Gutachten und Expertisen für das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unter Renate Schmidt unterfütterte (vgl. Rürup/Gruescu 2003; Bertram u.a. 2005; BMFSFJ u.a. 2004; BMFSFJ 2006). Unter den nachfolgenden Regierungen wurde diese Politik in ihren Grundzügen beibehalten und – insbesondere unter Ministerin Ursula von der Leyen – umgesetzt.

Grundannahme war, dass demografische, arbeitsmarktorientierte und geschlechter- bzw. familienpolitische Zielen im Rahmen einer Politik der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ kohärent verfolgt werden können. Das skandalisierte Problem der „Überalterung“ und „Schrumpfung“ der Deutschen sollte angegangen werden, indem die Geburtenraten der deutschen Bevölkerung erhöht würden; gleichzeitig sollte aber die Frauenerwerbsquote beibehalten bzw. ausgeweitet werden.

4 Eva Barlösius verzeichnete einen Anstieg der Artikel in Tages- und Wochenzeitungen mit dem Schlagwort „demografischer Wandel“ von 36 Beiträgen im Jahre 1999 auf 866 im Jahre 2003 (2007: 15).

Höhere Geburtenraten und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen gelten seitdem als gut miteinander vereinbare Zielvorgaben. Diese Zielkohärenz wurde in den frühen Dokumenten zum einen mit einer schematischen Übertragung demografischer und familienpolitischer Koordinaten aus anderen europäischen Vorbild-Ländern mit höheren Geburtenraten und Erwerbsquoten – wie insbesondere Frankreich und Schweden – untermauert (vgl. BMFSFJ u.a.2004). Zum anderen spielten ökonomistische Ansätze eine zentrale Rolle: Je nach dem Verhältnis von Kosten und Nutzen würden Familien das Kinderbekommen nach den Opportunitätskosten abwägen und Erziehungszeiten eher in Kauf nehmen, wenn staatliche Transferleistungen den Verdienstaufschlag möglichst weitgehend kompensierten (vgl. Rürup/Gruescu 2003: 24). Dass Mehrverdienende mehr Anreize zum Kinderkriegen bräuchten, wurde zu einer der legitimatorischen Grundlagen dafür, dass sich die neue Familienpolitik nicht einfach als pronatalistisches, sondern als selektiv pronatalistisches Projekt entwickelte (vgl. Nowak 2013).

Die bevölkerungsorientierte Familienpolitik erhielt jedoch nicht nur aufgrund solcher Anreizsysteme eine qualitative Ausrichtung auf das Ziel einer Vermehrung ganz spezifischer Bevölkerungsgruppen. Im Zentrum der ökonomischen Begründungen stand von Beginn an die Verbesserung des sogenannten „Humanvermögens“. Hierunter fielen, so das BMFSFJ, nicht allein die Bevölkerungszahl, sondern auch qualitative Faktoren wie arbeitsmarktrelevante Qualifikationen, Bildung und Gesundheit sowie „soziale Daseinskompetenz“ und „Werthaltungen“ (2006: 5). Es sind diese bevölkerungspolitischen Qualitätsansprüche, die die klassenselektiven Einschnitte einer „nachhaltigen Familienpolitik“ prägten. Schließlich ging es nicht darum, diese qualitativen „Vermögen“ für die Bevölkerung insgesamt zu steigern, sondern bestimmte Bevölkerungsgruppen eher zu fördern, mehr Kinder zu bekommen, weil bei ihnen diese Kriterien oder Indikatoren bereits als gegeben gelten. So formulierte das BMFSFJ 2004 gemeinsam mit den Industrieverbänden: „Eine anhaltend hohe Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen kann die bildungspolitischen Probleme weiter verschärfen und zu Engpässen beim Fach- und Führungskräfte-Nachwuchs führen“ (BMFSFJ 2004 u.a.: 18). Die genannten Indikatoren des Humanvermögens sollen also nicht durch den Abbau sozialer Ungleichheit und ein egalitäreres Bildungssystem verbessert werden, sondern dadurch, dass die Geburtenrate vor allem bei denjenigen erhöht wird, bei denen bzw. bei deren Nachwuchs diese Eigenschaften bereits als quasi naturgegeben vorausgesetzt werden (vgl. Kahlert 2007: 70).

Dieser klassenselektive Zuschnitt spiegelt sich seitdem in allen wesentlichen familienpolitischen Maßnahmen wider (vgl. Nowak 2009). Auch die wohl progressivste Reform, das seit 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz, ist davon insofern geprägt, als es alleinerziehenden oder doppelverdienenden

Erwerbstätigen Vorrang bei der Vergabe der Plätze gibt und damit, so eine Studie des Deutschen Jugendinstitutes, den schlechteren Zugang von Kindern prekär beschäftigter und erwerbsloser Müttern aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zur Kinderbetreuung verstärkt (Bien 2007: 18). Von den Anfang 2006 eingeführten Steuerfreibeträgen für die Kinderbetreuung profitieren gut verdienende DoppelverdienerInnen eindeutig am meisten. Der markanteste klassenpolitische Einschnitt der Geburtenförderpolitik ist aber sicherlich das 2007 eingeführte Elterngeld. Es begünstigt gerade die Eltern, deren Einkommen vor der Geburt hoch war, indem 65 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens (und höchstens 1.800 Euro) ausgezahlt werden. Gleichzeitig verkürzte sich der Zeitraum der Förderung mit der gleichzeitigen Abschaffung des Erziehungsgeldes von zwei auf ein Jahr (bzw. mit „Vätermonaten“ auf 14 Monate) und verringerte somit die Förderung für gering Verdienende oder Erwerbslose von 300 Euro pro Monat um fast die Hälfte. Eine weitere drastische Verschärfung dieses klassenpolitischen Bias trat dann Anfang 2011 in Kraft. Seitdem wird das Elterngeld auf Hartz IV, also Arbeitslosengeld II, angerechnet und damit faktisch für die ärmeren Bevölkerungsschichten abgeschafft. Dies gilt ebenso für das Betreuungsgeld, das nun seit dem 1. August 2013 ausgezahlt wird.

Während aber weder diese klassenselektiven Einschnitte und Umverteilungen von unten nach oben, noch die Frage, ob Familienpolitik überhaupt bevölkerungspolitisch funktionalisiert werden dürfe, eine breitere gesellschaftliche Debatte provozierte, war es der Abschied von einem konservativen Familienleitbild, der die neue Politik öffentlich vor allem als frauenfreundlichen „Befreiungsschlag“ erscheinen ließ (Nowak 2009: 239): – mit von der Leyen als Frontfrau, den „Vätermonaten“ im Elterngeld als Leitsymbol sowie dem Ausbau der Ganztagskinderbetreuung als tatsächlicher Reform.

Eine geschlechterpolitisch gerahmte Kritik hat allerdings inzwischen auf viele konservative Kontinuitäten dieser neuen Familienpolitik hingewiesen: Zentrale Institutionen des konservativen Wohlfahrtstaatsmodells wie das Ehegattensplitting und die Familienmitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse als wesentliche Säulen familiärer Abhängigkeit von Frauen blieben erhalten. Der Fokus auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – gemeint letztendlich für Frauen – marginalisierte weitergehende Forderungen nach Gleichstellung wie eine Politik gleicher Bezahlung von Männern und Frauen oder nach einer Umverteilung von Haus- und Sorgearbeit. Indem die neue Familienpolitik entweder als Politik für Frauen oder gleich ganz geschlechtsneutral für Eltern oder Familien daherkam, stand wieder einmal im Zentrum, wie Frauen (und nicht Männer) zu einem Leben mit Kindern motiviert werden könnten, während gravierende Ungleichheiten in Bezug auf die geschlechtsspezifische Verteilung von Betreuungs- und Hausarbeit entweder normalisierend als gegebene Präferenzen

von Familienmodellen oder gleich ganz mit Rekurs auf eine geschlechtsneutrale Familie ausgeblendet wurden (vgl. Schultz 2012).

Im Kontext der gleichzeitig eingeführten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Prekarisierungspolitik (Ausweitung von Mini- und Teilzeitjobs sowie *workfare*-Politik), werteten Kritikerinnen die Vereinbarkeitsdebatte zudem „als Erfolgsgeheimnis der Legitimation prekärer Erwerbsteilhabe von Frauen“ (Schiek 2007: 215). Zudem war die neue Familienpolitik von Anfang an in eine Sozialpolitik eingebunden, innerhalb derer insbesondere für die unteren sozialen Schichten neue Elemente familiärer Abhängigkeit, so etwa die Bedarfsgemeinschaft im Rahmen von Hartz IV, eingeführt wurden. Das Alleinernährermodell der Nachkriegszeit wurde somit lediglich in Richtung eines „Zuverdiener(innen)modells“ reformiert (Nowak 2013).

Eine vorrangig frauen- oder auch geschlechterpolitische Perspektive auf diese neuen familienpolitischen Konstellationen reicht angesichts dieser sehr unterschiedlichen Effekte auf verschiedene soziale Gruppen grundsätzlich nicht aus. Dass die neue Familienpolitik als Frage von Frauenpolitik bzw. sogar geschlechtsneutral als Familienpolitik öffentlich verhandelt wurde und wird, verweist meines Erachtens nicht nur auf eine Ungleichbehandlung verschiedener Gruppen von Frauen, sondern auch darauf, dass die individualisierende biopolitische Ebene einer Politik des reproduktiven Verhaltens und der reproduktiven Körper in den Vordergrund gerückt wurde, während die menschenökonomischen Dimensionen des biopolitischen Projektes auf der Ebene der Verwaltung der nationalen Bevölkerung als demografischer Sachzwang entpolitisiert wurde – und damit auch die Frage, ob pronatalistische Politik überhaupt richtig und notwendig sei.

Familienpolitik als Teil einer postkatastrophistischen Demografiestrategie

Seitdem das Bundeskabinett 2009 beschloss, unter Federführung des Bundesinnenministeriums den Aufbau einer überministeriellen Demografiestrategie in Angriff zu nehmen, ist Familienpolitik nun als wichtiger Baustein in eine Demografiepolitik eingebettet worden; schließlich betreffe der demografische Wandel „auf Bundesebene nahezu alle Ressorts und Politikbereiche“ (BMI 2011: 10).

Eine Fülle von Gremien, Institutionen, Dialogen und PR-Maßnahmen sind seitdem entstanden: Nach dem „Demografiebericht“ von 2011 deklarierte die Bundesregierung 2012 ihre „Demografiestrategie“; ein „Expertenrat Demografie“ wurde ins Leben gerufen und regelmäßige (bisher 2012 und 2013) „Demografie-gipfel“ mit ständigen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Arbeitsschwerpunkten einberufen. Im Rahmen des Wissenschaftsjahrs der „demografischen Chance“

tourt das Bundesforschungsministerium mit mehreren Ausstellungen durch die Lande; der Deutsche Ethikrat lud Kanzlerin Merkel im April zum Thema „Zusammenhalt im demografischen Wandel“ und auch in der Enquetekommission zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ schlug sich die Selbstverständlichkeit, ökonomische und soziale Fragen als „demografische“ zu fassen, bereits deutlich nieder.

Begleitend tummeln sich eine Vielzahl von Wirtschaftsverbänden, alten und neuen Stiftungsabteilungen und BevölkerungswissenschaftlerInnen politikberatend in Ministerien, Gremien und Dialogen – von der Deutschen Gesellschaft für Demographie, deren Präsident gleich begeistert ein Demografieministerium forderte (vgl. Mayer 2011), bis zu dem neu gegründeten Berliner DemografieForum als „parteiübergreifende globale Plattform“, in dessen Beirat sich Exminister, Ministerialdirektoren, politikberatende Stiftungen und führende Vertreter der Zunft der Demografie und Bevölkerungsstatistik zusammenfinden.

Familienpolitik – so auch das erste Schwerpunktthema dieses Forums im Jahre 2012 – bleibt ein zentraler Baustein der neuen Demografiepolitik und die Familie (selbstverständlich in ihren „vielfältigen Lebensformen“) zentrale Bezugsgröße der Demografiestrategie, nicht nur mit dem Ziel, „Gemeinschaft zu stärken“, sondern auch weiterhin, um „die Entscheidung für Kinder zu unterstützen und zu fördern“ (BMI 2012: 7).

Allerdings wird das Ziel der Steigerung der Geburtenraten nicht mehr so offensiv in den Vordergrund gestellt wie zu Beginn der bevölkerungsorientierten Familienpolitik. So erklärte etwa zu Beginn ihrer Amtszeit die neue Familienministerin Kristina Schröder, Elterngeld sei keine „Gebärprämie“ und Familienpolitik könne nicht „ausschließlich zur Bevölkerungspolitik degradiert“ werden.⁵ Und das BMFSFJ betont auch immer wieder, dass es keinen Forschungskonsens gebe, ob Familienpolitik überhaupt die Geburtenrate beeinflussen könne (BMFSFJ 2013: 17).

Auch legt die Demografiestrategie insgesamt nahe, dass es nicht mehr vorrangig darum gehe, dem sowieso nicht mehr zu verhindernden „demografischen Wandel“ entgegenzuwirken, sondern insbesondere eine zukünftig veränderte Verteilung von Altersgruppen als „Chance“ für Reformen in Arbeitsmarkt-, Renten-, Gesundheits-, Pflege- oder Sozialpolitik positiv zu besetzen.

Dennoch bleibt es dabei, dass gesteigerte Geburtenraten als Messlatte familienpolitischer Investitionen inzwischen etabliert sind. Die Geburtenrate wird auch in den 2013 (teil)veröffentlichten Evaluations-Studien des BMFSFJ über die Effizienz familienpolitischer Maßnahmen als zentraler Indikator abgearbeitet

5 Rede im Deutschen Bundestag, 25.11.2010, online: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/reden,did=165022.html, (letzter Zugriff 15.9.2013).

(ZEW u.a. 2013). Angemahnt wird diese Messbarkeit familienpolitischer Effizienz in der Form der Geburtenzahlen schließlich immer wieder von der medialen Öffentlichkeit (z.B. Stern 3.2.2013; Spiegel 23.6.2013).

Was hat es aber mit diesem Hin- und Herbavieren zwischen „Gestaltung“ und „Anpassung“ an den demografischen Wandel sowie zwischen einer mal betonten, mal wieder relativierten Zielgröße der deutschen Geburtenraten im Kontext einer postkatastrophistischen Diskurswende auf sich?⁶

Auf einer pragmatischen Ebene ist die Antwort zunächst einmal banal: Nach der Einführung des Elterngeldes war kein Anstieg der absoluten Geburtenzahlen, ja im Jahr 2011 sogar ein Rückgang zu verzeichnen.⁷ Eine der Reaktionen der Bundesregierung auf medial verbreitete simple Rechnungen zum Verhältnis der absoluten Geburtenzahlen pro staatliche Investition war es u.a., einen Fonds für die steuerfinanzierte Bezuschussung von reproduktionsmedizinischen Leistungen im Rahmen der Demografiepolitik einzurichten (vgl. BMI 2012: 14f): Schließlich hatten (ebenso fragwürdige) Berechnungen ergeben, dass sich hier das Verhältnis zwischen staatlichen Investitionen und Zahl hinzugewonnener deutscher Babys günstiger gestaltete (vgl. Schultz 2009).⁸

Im Jahr 2012 brachte jedoch das Max-Planck-Institut für demografische Forschung andere Indikatoren zur Entwicklung des deutschen Gebärverhaltens ins Spiel (Goldstein u.a. 2012). Die Studie problematisierte den (neben den absoluten Geburtenzahlen) üblichen Indikator, nämlich die „zusammengefasste Geburtenziffer“, die relativ konstant derzeit auf 1,4 berechnet wird, als verzerrend.⁹ Stattdessen wiesen die AutorInnen auf eine andere, mit bis zu 1,6 wesentlich höher berechnete „kohortenspezifische“ Zahl hin, bei der die Kinder pro Frau je

6 Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, Tilman Mayer, unterscheidet zwischen einer Politik der Gestaltung als staatliche Einflussnahme auf demografische Prozesse selbst und einer Politik der Anpassung an diese Prozesse (2011). Die Regierungsrhetorik ist da oftmals schwammiger und meint mit „Gestaltung“ manchmal auch letzteres.

7 Für das Jahr 2011 verzeichnete das Statistische Bundesamt gar einen Rückgang der absoluten Geburtenzahlen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent (vgl. Spiegel 2.7.2012).

8 Schon 2009 machte eine simple Rechnung die Runde: Das Elterngeld hatte den Bund im Jahr 2008 circa eine Milliarde Euro jährlich mehr als das Erziehungsgeld gekostet. Demgegenüber erscheint In-Vitro-Fertilisation (IVF) als demografisch effizienteres Investitionsfeld. Denn die Einsparungen der Krankenkassen seit 2004, seitdem werden nur noch 50 Prozent von IVF-Behandlungskosten für verheiratete Paare übernommen, wurden auf höchstens 150 Millionen Euro jährlich geschätzt, waren aber mit einer Differenz von 10.000 Geburten weniger in Verbindung gebracht worden.

9 Diese Ziffer wird in Deutschland relativ konstant auf 1,4 berechnet, indem einfach die Zahl der in dem Jahr geborenen Kinder ins Verhältnis zu der Zahl der Frauen (nicht der Männer...) im Alter zwischen 15 und 49 gesetzt wird.

Geburtenjahrgang erfasst bzw. geschätzt wird.¹⁰ Diese neu präsentierten Zahlen boten eine willkommene Grundlage für die Bundesregierung, sich in manchen Statements doch wieder auf Geburtenzahlen als Ergebnis familienpolitischer Investitionen zu beziehen und etwa zu behaupten, dass „der Anstieg der Kinderlosigkeit“ ebenso wie „der Rückgang der Geburten bei den Akademikerinnen“ „gestoppt“ sei und „dass sich die deutsche Geburtenrate mittelfristig positiv verändern“ könne. In dem Statement von 2012 legte das BMFSFJ auch nahe, dass dies auf die nun mittel- oder langfristig wirksamen veränderten „familienpolitischen Rahmenbedingungen“ zurückzuführen sei (BMFSFJ 2012).

Soweit das reflexhafte und willkürlich erscheinende Reagieren auf das gerade zur Verfügung stehende Zahlenmaterial: Meines Erachtens verweist das Lavieren im Regierungsdiskurs zur Frage der staatlichen Beeinflussbarkeit der Geburtenrate allerdings über diesen Pragmatismus der Regierungs-PR hinaus – nämlich auf die Frage der Gouvernementalität als zentrales Problem biopolitischer Staatlichkeit. Schließlich geht es letztendlich bei Familien- als Geburtenpolitik um die Frage, wie der moderne Staat das im Privaten verortete Gebären jenseits repressiver Maßnahmen und auch über einfache finanzielle Anreize hinaus beeinflussen kann, indem er an bestehende Verhaltensnormen, Motivations- und Begehrensstrukturen und Strategien eines individuellen reproduktiven „Biographie-Managements“ anknüpfen kann.

Die aktuellen Dokumente der Demografiepolitik haben inzwischen relativ homogen eine Sprachregelung gefunden, in der das direkte staatliche Ziel einer gesteigerten Geburtenrate zurücktritt hinter Formulierungen wie: es sei angestrebt, „die Realisierung von Kinderwünschen zu erleichtern“ (BMI 2011:243). Zu bewältigende Herausforderung sei, so auch der Ergebnisbericht der Bundesregierung vom Demografie Gipfel, „dass die Kinderzahl in Familien hinter den Kinderwünschen zurückbleibt.“ (BMI 2013:11) Mit dem Kinderwunsch als zentrale quantitative Koordinate differenzieren sich auch die erhobenen Daten aus – eine der Evaluierungsstudien, die im Auftrag der Bundesregierung pronatalistische Effekte der Familienpolitik auswerten soll, differenziert so etwa zwischen „abstrakteren Wünschen“ und „konkreteren Intentionen“ (ZEW u.a. 2013: 42).

10 Da diese Methode einbezieht, dass sich derzeit das Alter des Gebärens durchschnittlich nach hinten verlagert, war das Hauptergebnis dieser Berechnungsmethode, dass sich nun die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in Deutschland als höher herausstellte. Ab der Kohorte der 1970 geborenen Frauen wurde ein Anstieg der Gebärquote pro Frau verzeichnet bzw. prognostiziert – mit fast 1,6 Kindern bei der Kohorte der 1975 geborenen Frauen. Erstaunlich ist das für Demografen nicht: Schon der Demografiebericht 2011 hatte darauf hingewiesen, dass mit der zusammengefassten Geburtenziffer das „Geburtenniveau unterschätzt werden kann“ (BMI 2011: 13).

Der Rekurs der aktuellen Demografiepolitik auf eine Politik des sich demografisch auszählenden Wunschmanagements kann auf Traditionen einer internationalen Expertise auf zweierlei Terrains globaler Fortpflanzungspolitik zurückgreifen:

Zum einen lernt die demografiepolitische Expertise aus dem Wissensrepertoire der globalen Bevölkerungspolitik. Dort waren und sind die Arsenale der Beforschung des reproduktiven Verhaltens einfach nur spiegelbildlich darauf ausgerichtet, nicht wie in Deutschland eine „ungewollte Kinderlosigkeit“, sondern vielmehr eine zu bekämpfende „ungewollte Fruchtbarkeit“ (unwanted fertility) numerisch dingfest zu machen. Schließlich gilt es hier, antinatalistischen neo-malthusianischen Kampagnen via Familienplanung, Sterilisationskampagnen und Verbreitung langfristig wirksamer Verhütungsmittel im Globalen Süden zum Erfolg zu verhelfen, sprich die Bevölkerungszahlen zu senken (Bongaarts 1994, vgl. Schultz 2011).

Zum anderen – und dies mag ein tieferer Grund dafür sein, warum Kristina Schröder die Zufinanzierung reproduktionsmedizinischer Behandlungen als wichtiges Element in die Demografiestrategie integrierte – kann der Diskurs über den unerfüllten Kinderwunsch als staatlich relevante Zielgröße auch darauf rekurrieren, dass es die internationale Industrie der Reproduktionsmedizin inzwischen erreicht hat, ihre Leistungen nicht nur als medizinische Behandlung von Krankheiten (nämlich der Unfruchtbarkeit), sondern auch als Frage eines staatlich zu garantierenden Menschenrechts auf die Erfüllung von Kinderwünschen zu etablieren.¹¹

Des Weiteren spiegelt sich in der Rede vom Ermöglichen statt von direkten staatlichen Zielquoten auch eine zunehmende Ausdifferenzierung der demografischen Forschung über sozialtechnologisch möglicherweise zu berücksichtigende „fertilitätsfördernde Faktoren“ wider: Zwar ist auch in den neueren Regierungsdokumenten und -gutachten der ökonomistische Ansatz der Opportunitätskosten nicht passé (ZEW 2013: 55f). Es wächst aber auch mit der Zahl der Studien die erforschte Komplexität der Bedingungen des Kinderkriegens – und stetig kommen neue Faktoren hinzu, die es gilt, als quantitativ relevante statistische Wenn-Dann Korrelationen zu isolieren und zu berechnen. In der aktuellen Re-

11 So mahnte beispielsweise der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof in Costa Rica 2012 ein Recht auf den Zugang zu In Vitro Fertilisation als Frage der Menschenrechte auf Privatheit und Familie an (GID Nr. 216, 2013, S. 33). Und eine Unterkammer des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs hatte 2010 das Verbot des Eizelltransfers in Österreich mit Rekurs auf das Menschenrecht auf Privatheit geahndet, das Urteil wurde allerdings in höherer Instanz wieder aufgehoben (Gen-ethischer Informationsdienst, Nr. 209, 2011., S. 42).

gierungsstudie zu Geburtenraten kommen so etwa zu „politisch-rechtlichen“ Determinanten“ vielfältige „soziodemografische“ und „sozial-normative“ hinzu.¹²

Diese Ausdifferenzierung des behaviouristischen Modells eines individualisierbaren „reproduktiven“ oder „generativen“ Verhaltens, das erforscht und nach „Determinanten“ zerlegt werden kann, spiegelt aber nicht nur den Boom demografischer Forschung wider. Die gouvernementale Fokussierung auf Ansatzpunkte an Wünschen und Plänen der Individuen verweist auch darauf, dass die Zeichen derzeit nicht auf einen weiteren Ausbau finanzieller und infrastruktureller Anreize und Leistungen des Staates stehen.

Dies wurde auf dem letzten Demografiegipfel in der Arbeitsgruppe zu Familienpolitik („Familie als Gemeinschaft stärken“) sehr deutlich. Im Fokus stand hier die Frage einer Optimierung und Flexibilisierung des individuellen Zeitmanagements durch die „Entschärfung von Zeitkonflikten“, wie das einmal als Doppelbelastung (von unbezahlter Sorge – und Erwerbsarbeit) bekannte Phänomen nun – wieder einmal ganz geschlechtsneutral – genannt wird (BMI 2013: 11f). Zwar kommen auch die Arbeitgeber ins Spiel, um die Arbeitszeitflexibilisierung (nicht Arbeitszeitverkürzung!) zu fördern und damit „die „Zeittaktgeber, die den Alltag der Menschen bestimmen, besser aufeinander abzustimmen“ (ebd.: 12). Und Kommunen sollen das Zeitmanagement zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit langfristig durch die Koordination (nicht das Angebot!) einer „Kinderbetreuung nach Maß“ unterstützen (ebd.: 14).

Im Zentrum der ganzen Zeiteffektivierung stehen aber die Individuen. Sie sollen nicht nur ihren Alltag lückenloser durchtackten, sondern auch ihr reproduktives Biographiemanagement überdenken, etwa indem sie „die Rushhour des Lebens“ entzerren, d.h. etwa schneller Ausbildungen beenden und früher Kinder bekommen (BMI 2012: 10, BMFSFJ 2012a: 26). Dazu sollen sie auch biomedizinisch zu „Familienplanung und Fruchtbarkeit im Lebensverlauf“ aufgeklärt werden, sprich angehalten werden, den Kinderwunsch nicht zu lange aufzuschieben (ebd.: 15).

Und: Wo nötig, sollten sich Familien oder Individuen eben bei „Zeitkonflikten“ selbst die entsprechenden „familienunterstützenden Dienstleistungen“ hinzukaufen – diese sollen ausgeweitet und durch staatliche Werbemaßnahmen ein „besseres Image“ bekommen (BMI 2013: 14).

12 Beispielsweise wird inzwischen die banale Tatsache als „Determinante“ einbezogen, dass alle Anreize nichts bringen, wenn eine Frau, die sich ein Kind wünscht, angibt, keinen Partner oder zumindest Erzeuger zu finden, wie es einige demografische Studien inzwischen zu berücksichtigen angemahnt hatten. Die erstaunliche Erkenntnis: Eine Studie habe belegt, „dass das Vorhandensein eines Partners beziehungsweise die Partnerschaftsqualität eine Bedeutung für Kinderwünsche und deren Realisierung hat.“ (ZEW 2013: 64).

Spätestens hier deutet sich eine weitere Verschärfung der klassenselektiven Dimensionen familienpolitischer Konzepte an. Offensichtlich wird hier, wer mit der staatlichen Anrufung an das bessere Management des eigenen Begehrens adressiert wird, und wer nicht, auch wenn dies mit der abstrakten Anrufung an die Familie oder die Individuen gleichzeitig entnannt wird.

Der Fokus auf „familienunterstützende Dienstleistungen“ – sprich der angekündigte staatlich forcierte und formalisierte weitere Ausbau privater Haushaltsarbeit wie insbesondere Putzarbeit und Kinderbetreuung – werden hier als wichtige nächste Phase der Familienpolitik angekündigt (vgl. BMI 2012: 14). Während der Ausbau der Kindertagesbetreuung (wenn auch mit einem ungleichem Zugang und unter der Bedingung der Ausbeutung schlecht bezahlter Erzieherinnen, vgl. Nowak 2013) immerhin noch für Frauen aller sozialen Schichten relevant ist, setzt die Bundesregierung nun darauf, die Arbeitskraft von MigrantInnen und Frauen der unteren sozialen Schichten als flexible Ergänzung hinzuzuziehen und gibt damit dem ohnehin schon stark voranschreitenden Prozess eines Outsourcing bisher unbezahlter Sorge- und Hausarbeit an schlecht bezahlte Arbeiterinnen die demografiepolitischen Weihen.

Das Konzept der *stratified reproduction*, das zusammendenken lässt, wer Kinder bekommen soll und wer nicht – und wer Kinder (der anderen) dann betreuen und erziehen soll, bietet sich hier an, um diese familienpolitische Weiterentwicklung kritisch zu analysieren.

Zu der gouvernementalen Anrufung der Verwirklichung eines reproduktiven Begehrens, mit dem letztendlich weiterhin vorrangig Akademikerinnen und Frauen in „Karriere und Beruf“ adressiert werden,¹³ kommt hier die (prekäre) Inwertsetzung der Arbeitskraft der „anderen“ Frauen hinzu, nach deren reproduktiven Begehren nicht gefragt wird. Auch deren Lösung von „Zeitkonflikten“ – als flexibel einsetzbare BabysitterInnen, als Springerinnen bei kranken Kindern oder als Rund-um die Uhr-Haushaltshilfe für alte Leute – bleibt demografiepolitisch irrelevant.

Aus einer intersektionalen Perspektive auf die familienpolitisch forcierte *stratified reproduction* ist zudem besonders augenfällig, dass in der Demografiestrategie das Kriterium der „Geschlechtergerechtigkeit“ gerade (und nur!) an dieser Stelle herangezogen wird: Studien hätten belegt, dass die Inanspruchnahme solcher

13 Die Figur der „kinderlosen Akademikerin“ war ein weiteres Element der katastrophistischen Dramatisierung zu Beginn der bevölkerungsorientierten Familienpolitik. Auch hier ist allerdings der aktuelle Diskurs entdramatisierend – die damals medial kursierenden, sehr fragwürdigen Schätzungen, dass 40 Prozent aller Akademikerinnen keine Kinder bekämen, werden inzwischen nicht mehr kolportiert und auch hier wird von einer Trendwende gesprochen (vgl. Schwentker in: Die Zeit 9.10.2005; BMFSFJ 2012).

Dienstleistungen „zu einer geschlechtergerechteren Arbeitsteilung in der Familie“ betrage. Das Hinzuziehen von Dienstpersonal könne auch für „die Entscheidung für ein zweites und für weitere Kinder eine wichtige Rolle spielen.“ (BMI 2012: 14)

Wie aber reflektiert sich in einer solchen familienpolitisch forcierten *stratified reproduction*, die gleichzeitig als Frage individueller Wünsche und familiären Zeitmanagements auf der biopolitischen Ebene der Körper- und Verhaltenspolitik verhandelt (und entpolitisiert) wird, die biopolitische Ebene einer Verwaltung von Bevölkerungen? Welche menschenökonomischen Rationalitäten sind derzeit relevant, um zu klären, wessen „Fortpflanzung“ erwünscht und wessen unerwünscht ist?

Familienpolitik als Element der ressortübergreifenden Demografiepolitik

Für eine solche Analyse ist es notwendig, die Einbettung der aktuellen Familienpolitik in eine umfassende Demografiestrategie der Bundesregierung zu untersuchen.

Neben der Geburtenrate ist Migration die zweite demografische Koordinate, über die der Nationalstaat Bevölkerungszahlen verwalten und verändern – und somit „gestaltend“ eingreifen kann. Mit dem Prozess der Demografisierung des Politischen werden schließlich auf einer rein quantitativen Ebene neu geborene und eingewanderte BürgerInnen zur austauschbaren Ressource Mensch.

Neu an der aktuellen Demografiepolitik ist auf den ersten Blick, dass Migrationspolitik unter dem Motto „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ (BMI 2013: 47f) nach und nach stärker als bisher als weiteres bevölkerungspolitisches Segment neben familienpolitische Strategien gestellt wird – und nicht mehr ausschließlich als nicht machbare demografische Handlungsoption Erwähnung findet (vgl. BMFSFJ u.a. 2004: 6).

Im Rahmen einer postkatastrophistischen Rhetorik scheint auch Zuwanderungspolitik zur „Chance“ zu werden, um den demographischen Wandel zu gestalten – und Migration als nicht zu dramatisierende, sondern gesellschaftlich zu akzeptierende Tatsache integriert. So wird die Demografiestrategie etwa nun auch mit dem Satz eingeleitet: „Wir werden älter, weniger und unsere Gesellschaft wird vielfältiger“ (BMI 2012: 6). Allerdings: Schon an der Formulierungsakrobatik, wie das nationale „Wir“ hier in Bezug auf Migration umgangen wird (schließlich ist mit „Vielfalt“ die Gruppe der bevölkerungstatistisch erst seit 2005 neu konstituierten Kategorie „Menschen mit Migrationshintergrund“ gemeint), zeigt sich einmal mehr, wie tief verankert der rassistische Ausschluss im Regierungsdiskurs bleibt: Ein „wir werden vielfältiger“ will hier als überge-

ordneter Slogan für die Demografiestrategie dann doch nicht über die Lippen bzw. Tasten kommen.

So ist die bevölkerungspolitische Perspektive auf Migration in der Demografiestrategie auch reduziert auf die kurzfristige Anwerbung hochqualifizierter Fachkräfte, für die eine „Willkommenskultur“ gefördert werden soll. Und die konkreten Reformen beschränken sich wie bisher auf einige höchst kleinteilige, im quantitativen Sinne für Arbeitsmigration weitgehend bedeutungslose Maßnahmen (insbesondere die Einführung der EU-Blue Card und das Gesetz zur Verbesserung der Anerkennung von Berufsabschlüssen) (BMI 2012: 41f), während die Zuwanderungs(begrenzungs)politik in ihren Grundkoordinaten unangetastet bleibt.

Auch aktuelle demografische Expertisen betonen weiter, dass Migration langfristig den „demografischen Wandel“ nicht aufhalte. Das dafür adäquate demografische Zahlenmaterial liefert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das in den letzten Jahren das „generative Verhalten“ von Migrantinnen umfangreich beforscht und erfasst hat. Grundaussage bleibt hier, dass „das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland sehr stark von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte des ‘Niedrig-Fertilitäts-Landes’ Deutschland geprägt“ sei (BAMF 2011:7) und somit den zukünftigen Altersaufbau der Nation nicht wesentlich verändere.

Keine Erwähnung findet in derlei prognostischen Erwägungen der demografischen Expertise allerdings, dass die Projektionen des „demografischen Wandels“ selbst auf höchst beliebig festgelegten Annahmen über zukünftige „Nettoeinwanderungssalden“ beruhen, die notwendigerweise der Unberechenbarkeit und extremen Schwankung tatsächlicher Migrationsbewegungen nicht gerecht werden können. So beziehen sich die meisten Szenarien als Grundlage für die These des demografischen Wandels auf die „koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen“ des Statistischen Bundesamtes. Die aktuellste Version geht bei der Obergrenze der Berechnungsvarianten von einem „Wanderungssaldo“ von höchstens 200.000 Menschen pro Jahr aus (und nimmt auch, wie schon gezeigt, eine wahrscheinlich zu niedrig angesetzte Geburtenziffer von 1,4 in allen Schätzvarianten bis zum Jahr 2025 an) (Destatis 2009). Dass das Statistische Bundesamt dann aber beispielsweise für das Jahr 2012 einen „Wanderungsüberschuss“ von 369.000 Personen verzeichnete, zeigt, auf welchen tönernen Füßen die Prognoseszenarien des demografischen Wandels stehen (Destatis 2013). Das Bemühen, Migration nicht als quantitativ demografiepolitisch relevant zu rahmen, ist auch fragwürdig, wenn diese Zahl mit dem Demografiebericht von 2011 kontrastiert wird. Dort wurde nach der Modellrechnung noch eine „Nettozuwanderung“ von 400.000 Menschen pro Jahr für nötig befunden, um das „Erwerbspersonenpotenzial“ in Deutschland bis 2050 konstant zu halten – und dies als unrealistisch gewertet

(BMI 2011:76). Vor allem aber, so das BMI hier, sei „qualifizierte Migration“ in dieser Dimension kaum erreichbar.

Migrationspolitik bleibt also – ganz in der Konsequenz einer selektiven Bevölkerungspolitik – für die deutsche Demografiestrategie kein Element zur „Gestaltung“ der quantitativen demografischen Entwicklungen, sondern nur auf der Ebene einer kurzfristigen „qualitativen“ Steigerung des „nationalen Humanvermögens“ angesiedelt. Unsichtbare, enttante Kehrseite dieses Paradigmas eines utilitaristischen Migrationsmanagements bleibt, dass es auch in den letzten Jahren kontinuierlich weitere Einschnitte in die Rudimente einer rechtsbasierten Politik von Asyl und Aufenthalt gab (Steven u.a. 2013).

Bis hierhin wurde deutlich, dass im Regierungsdiskurs ambivalente pragmatisch-strategische Optionen existieren, wenn es darum geht, welche veränderten demografischen Daten und Prognosen als relevant und als „Erfolg“ herangezogen werden – und welche auch wieder nicht. Grund dafür mag letztendlich auch sein, dass der postkatastrophistische Regierungsdiskurs nicht nur „Erfolge“ oder „Chancen“ in Bezug auf eine Veränderbarkeit der Daten braucht, sondern paradoxerweise für alle Politikbereiche, in denen vor allem „Anpassung“ an den demografischen Wandel propagiert wird, ebenso eine unterstellte Kontinuität der Daten. Schließlich bedarf es für die Renten-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, in denen Demografiepolitik als „Anpassung“ an den demografischen Wandel gefasst ist, der Bezugnahme auf langfristige statistische Prognosen als unhinterfragte Gewissheit.

Wenn dies hier auch nicht umfassend ausgeführt werden kann, geht es in der Demografisierung von Renten- und Sozialpolitik bekanntlich darum, auf der Prognose veränderter numerischer Verhältnisse zwischen Altersgruppen eine Erhöhung des Rentenalters und eine – wie es in der Demografiestrategie heißt – Politik der „Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen“ zu legitimieren (BMI 2012: 46f). (Zu) wenige kritische Expertisen haben in den letzten Jahren immer wieder auf die Fragwürdigkeit dieser Berechnungsgrundlagen für eine „Anpassungspolitik“ hingewiesen und Gegenrechnungen präsentiert (vgl. Kistler/Trischler 2012; Baureithel 2013; Bosbach/Korff 2012; ver.di 2003). Demografiepolitik als „Anpassungspolitik“ beruht nicht nur auf den höchst unsicheren Bevölkerungsprognosen, sondern oftmals auf ganz offensichtlich tendenziös zusammengestellten Daten: So wird etwa beim „Altersquotienten“ das Verhältnis zwischen mehr Alten und weniger Menschen im erwerbstätigen Alter angegeben, nicht aber gleichzeitig die sinkende Zahl der zu versorgenden Kinder und Jugendlichen mitberechnet (vgl. Kistler/Trischler 2012). Grundsätzlich wendet sich die Kritik dagegen, dass die zunehmende soziale Ungleichheit innerhalb von Generationen ebenso ausgeblendet wird wie die Effekte ökonomischer Konjunkturen und Produktivitätsentwicklungen. Schließlich sagt etwa die rein numerische Anzahl von Personen im erwerbsfähigen

Alter (das sogenannte „Erwerbspersonenpotenzial“) rein gar nichts darüber aus, wie sich Löhne und Gehälter, wie sich Quoten der sozialversicherten Beschäftigung und Arbeitslosenquoten entwickeln werden – als entscheidende Grundlage etwa für die Entwicklung der Rentenkassen. Auch die These, dass die Kosten für Pflege und Gesundheitsversorgung steigen, wenn Menschen länger leben, ist bei EpidemiologInnen durchaus umstritten (vgl. Braun 2011).

Zusammenfassend zeigt sich, dass eine auf „Chancen“ und „staatliche Handlungsfähigkeit“ ausgerichtete Demografiepolitik bei genauerem Hinsehen voller inhärenter Widersprüchlichkeiten ist, wenn sie sich der demografischen Daten und Prognosen bedient. Mal setzt sie auf die Kontinuität des „demografischen Wandels“ (wenn es um Anpassung via Sozialabbau geht), mal auf kurzfristiges Fachkräftemanagement via Hochqualifizierten-Anwerbung und mal auf eine langfristige bevölkerungspolitische „Gestaltung“ via Kinderwunsch-Management.

Dennoch ist die Demografisierung des Politischen gleichzeitig als höchst kohärente, eben „qualitative“ Ökonomisierung der Ressource Mensch unter der Ägide eines zu berechnenden Humanvermögens zu verstehen – und ernstzunehmen. Zentral hierfür ist, dass eben nicht soziale Verhältnisse und deren Veränderbarkeit Wissensgrundlage für staatliche Politik sind, sondern Wissensstrategien im Rahmen biopolitischer Staatlichkeit wirkmächtig werden, die (so inkohärent auch immer) verschiedenen Bevölkerungsgruppen verschiedene Werte ökonomischer Nützlichkeit statistisch auf den Leib schreiben, um sie auf dem nationalökonomischen Rechenschieber der Demografie hin- und herschieben zu können.¹⁴

Zur Notwendigkeit einer demografiekritischen Offensive

Eine Kritik aktueller Prozesse der Demografisierung des Politischen sollte deswegen über die – durchaus wichtige –, „gegenrechnende“ Kritik der Demografiepolitik als Demagogie hinausgehen und die kohärenten Momente von Demografisierung im Sinne einer Kritik biopolitischer Staatlichkeit in Angriff nehmen:

Denn erstens räumen Demografisierungsstrategien dem Primat menschenökonomischer Nützlichkeit explizit Vorrang vor anderen Logiken des Politischen ein – sei es, indem Familienpolitik als Geburtenpolitik einer Steigerung des nationalen Humanvermögens untergeordnet wird, sei es, indem Migrationspolitik sich weiter in Richtung eines Paradigmas des flexiblen utilitaristischen Migrationsmanagements verschiebt (im Unterschied sowohl zu dem Paradigma einer reinen Abschottung als auch dem einer formal rechtsbasierten Politik).

14 Vgl. zum Verhältnis von Wissen und Politik in staats-theoretischen Ansätzen Lemke 2007.

Zweitens fungiert das Gerede vom Fachkräftemangel als kurzfristige, arbeitsmarktpolitisch begründete Klammer, um staatliche Maßnahmen und Strategien auf sehr spezifische Gruppen von MigrantInnen, Alten oder Frauen zu fokussieren und die klassenpolitischen Einschnitte so in allen Bereichen der (Demografie-) Politik zu legitimieren. Kehrseite davon ist die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen in den diesen Maßnahmen zu- und untergeordneten Bereichen, wie etwa im Rahmen von Erzieherinnenarbeit oder im Rahmen „familienunterstützender Dienstleistungen“ – ebenso wie durch eine Fortschreibung von Illegalisierung und prekären Aufenthaltstiteln für alle, deren Arbeit weiter als nichtqualifizierte gilt.

Drittens geschieht eine Demografisierung des Politischen auf der Grundlage einer national organisierten Bevölkerungsstatistik, was mit der Demografie als „Staatswissenschaft“ par excellence ein auf den Nationalstaat fokussiertes Denken fördert (vgl. Hummel 2000). In die Nation-Form als Grundlage moderner Staatlichkeit ist die Idee eines Volkskörpers eingeschrieben, den es zu verwalten und zu optimieren gilt (vgl. Balibar 1992) – und insofern ist in der Demografie der rassistische Ausschluss aus der Nation systematisch verankert, genauso wie der nationalökonomische Rahmen der Demografisierung damit verbunden ist, weltwirtschaftliche Zusammenhänge von Ausbeutung und ungleicher Verteilung systematisch auszublenden.

Angesichts des Anspruchs einer expansiven und kohärenten staatlichen Demografienpolitik kann die postkatastrophistische Wende somit auch nicht als Relativierung oder Abmilderung analysiert werden. Vielmehr scheint es hier um eine Phase zu gehen, innerhalb derer bestimmte diskursive Weichen bereits gestellt sind und der Kampf um Hegemonie bereits so erfolgreich verlaufen zu sein scheint, dass Dramatisierungen nicht mehr nötig sind. Schließlich wird die aktuelle Demografienpolitik derzeit kaum von einer gewerkschaftlichen und noch weniger von einer linken oder feministischen Kritik angegriffen. Wenn es Gegenwind gibt, dann eher von einer Szene demografischer Experten wie etwa dem Hardliner Herwig Birg oder dem Leiter des Berlin-Instituts Reiner Klingholz, die weiterhin den demografischen Katastrophismus bedienen und sich auf dieser Basis für schnellere Reformen wie etwa die Heraufsetzung des Rentenalters auf 70 oder für ein expliziteres staatliches Bekenntnis zur Steigerung der Geburtenraten starkmachen (vgl. Krauß 2013; Oestreich 2013).

Eine „Chance“ für emanzipatorische Strategien besteht somit auch grundsätzlich nicht, wie manche mit Rekurs auf die Aufwertung von Themen rund um Sorgearbeit und Familie meinen, innerhalb des Rahmens der Demografie, sondern nur, wenn der Rahmen des demografischen Denkens explizit abgelehnt und angegriffen wird. Es gilt, politisch und analytisch klar zwischen einer notwendigen Politisierung von Sorgearbeit und Reproduktionsverhältnissen und ihrer biopolitischen Verstaatlichung zu unterscheiden. Das heißt auch, diese Frage

prinzipiell als intersektionale und nicht als rein geschlechterpolitische Frage zu denken. Statt auf einer individualisierenden Ebene des besten Biographiemanagements mitzudiskutieren, ist es zentral, in der Debatte um Familienpolitik auf einer staatskritischen Perspektive zu beharren, die genau diese Zuweisung der Sphäre der Reproduktion in einen privaten, individuellen und geschlechterpolitischen Rahmen innerhalb der biopolitischen Anordnung selbst in Frage stellt – und somit auch die Unterordnung dieser Sphäre unter die Maxime der Humankapitalverwaltung.

Die weiterhin notwendige Debatte, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen wir Sorgearbeit in bestimmten Zeiten des Lebens leisten oder brauchen, muss sich mit den massiven Ungleichverteilungen und klassenpolitischen Ausschlüssen im Rahmen von Elterngeld und Betreuungsgeld, mit der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und mit der nun staatlich angekündigten Formalisierung des Dienstpersonal-Modells auseinandersetzen.

Für eine weiterhin mit Scheuklappen bestückte Linke, die sich auf Lohnarbeits- und Klassenfragen fokussiert, bietet die Kritik der Demografisierung des Politischen allemal die „Chance“ zu verstehen, dass Geburtenpolitik und Sorgearbeit derzeit ein zentrales Kampffeld sind, auf dem die Expansion menschenökonomischer Logiken in staatlicher Politik auf mehreren, miteinander zusammenhängenden Ebenen vorangetrieben wird, und dass es deswegen auch gilt, diesen Prozess der Demografisierung im Zusammenhang beider Ebenen biopolitischer Staatlichkeit anzugreifen.

Schließlich ist eine umfassende Kritik der Demografisierung notwendig, um sich gegen eine Zuspitzung nationalstaatlichen und -ökonomischen Denkens abzugrenzen. Nur so können die rassistischen und entrechtenden Effekte in der Debatte um die Nützlichkeit der Migration – mit allen Kategorisierungen dieser Nützlichkeit, sei es im Rahmen von „Vielfältigkeit“, sei es als Erfassung eines demografisch nützlichen oder nicht nützlichen „generativen Verhalten“ – als Teil einer umfassenden Politik erwünschter und unerwünschter Menschen verstanden und angegriffen werden.

Literatur

- Balibar, Etienne (1992): Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie in: Ders./Wallerstein, I.: *Rasse-Klasse-Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg: 107-130
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2011): *Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland*, Berlin.
- Barlösius, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: Barlösius, Eva/Daniela Schiek (Hg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*, Wiesbaden: 9-32.
- Baureithel, Ulrike (2007): Baby-Bataillone. Demografisches Aufmarschgebiet: Von Müttern, Kinderlosen und der „Schuld“ der Emanzipation. In: *PROKLA* 146, 25-37.

- (2013): Die Demografiefleuge. Statistik: unsicher und manipulativ in: *Gen-ethischer Informationsdienst*, Nr. 217: 7-9.
- Bien, Walter/Rauschenbach, Thomas/Riedel, Birgit (2007): *Wer betreut Deutschlands Kinder?* Deutsches Jugendinstitut, Kinderbetreuungsstudie, Berlin.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)/Bundesverband der Deutschen Industrie/Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2004) (Hg.): *Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor*, Bonn.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2006): *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit*. Siebter Familienbericht, Berlin
- (2012): *Geburten und Geburtenverhalten in Deutschland*, September, Berlin.
- (2012a): *Familiengründung und Elternschaft in Ausbildung und Studium*, Monitoring Familienforschung, Berlin.
- (2013): *Politischer Bericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen*, Berlin.
- BMI (Bundesministerium des Innern) (2011): *Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes*, Berlin.
- (2012): *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung*, Berlin.
- (2013): *Jedes Alter zählt. Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013*, Berlin.
- Bongaarts, John W. (1994): Population Policy Options in the Developing World in: *Science*, Vol. 263, 11.2.1994: 771-776
- Bosbach, Gerd/Korff, Jens Jürgen (2012): Altersarmut in einem reichen Land in: Butterwegge, Christoph u.a. (Hg.) (2012): *Armut im Alter*, Frankfurt/M.: 175-188
- Braun, Berard (2011): Demographischer Wandel: weder apokalyptisch oder unentzerrbar noch ungestaltbar, in: *Jahrbuch für Kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften*, 47, Hamburg: 75-104
- Destatis (Statistisches Bundesamt) (2009): *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden.
- (2013): Pressemitteilung Nr.156 vom 07.05.2013: *Weiter hohe Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2012*, Wiesbaden.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I* [1976], Frankfurt/M.
- (2001): Vorlesung 17. März 1976. In: Ders.: *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt/M.; 282-311.
- (2003): Die Geburt der Biopolitik [1979] in: Ders.: *Dits et Ecrits. Schriften. Dritter Band*: 1020-1028
- Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (1995): Introduction. In: Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (eds.): *Conceiving the new world order: the global politics of reproduction*, Berkeley/Los Angeles: 1-18.
- Goldstein, Joshua R. u.a. (2012): *Gibt es eine Trendumkehr in der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland?* Working Paper des Berliner DemografieForum, Ausgabe 4, Januar, Berlin.
- Heim, Susanne/Ulrike Schaz (1996): *Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte*, Berlin.
- Hummel, Diana (2000): *Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht*. Forschung Politikwissenschaft, Band 108, Opladen.
- (2013): Bedarfsplanung statt Demografisierung. Kommentar, in: *Gen-ethischer Informationsdienst*, Nr. 217: 23.
- Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts in: Brand, Karl-Werner (Hg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*, Opladen: 75-96.
- Kahlert, Heike (2007): Demographische Frage, „Qualität“ der Bevölkerung und pronatalistische Politik –ungleichheitssoziologisch betrachtet. In: *PROKLA* 146, 61-76.

- Kistler, Ernst/Trischler, Falko (2012): Wie die Senkung des Rentenniveaus mit demografischen Mythen begründet wird, in: Butterwegge, Christoph u.a. (Hg.): *Armut im Alter*, Frankfurt/M: 163-174
- Kontos, Silvia (1998): Vater Staat und „seine“ Mütter? Über Entwicklungen und Verwicklungen in der Mutterschutzpolitik in: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Politische Vierteljahrszeitschrift*, Sonderband 28, Opladen/Wiesbaden: 356-377
- Krauß, Ferdinand (2013): Der große Demografie-Bluff, in: *Wirtschaftswoche*: 9.1.
- Lemke, Thomas (2007): An indigestible meal? Foucault, governmentality, and state theory in: *Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory*, 15: 43-65.
- Mayer, Tilman (2011): Demografiepolitik – gestalten oder verwalten? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 10-11, online: http://www.bpb.de/publikationen/5VLZWA,0,Demografiepolitik_gestalten_oder_verwalten.html (letzter Zugriff 15.9.2013)
- Nowak, Jörg (2009): *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*, Münster.
- (2013): Selektive Familienpolitik. Gebärförderung, aber nicht für alle in: *Gen-ethischer Informationsdienst*, Nr. 217: 11-12
- Oberndörfer, Dieter (2005): Demographie und Demagogie. Wissenschaft und Interesse bei Herwig Birg und Charlotte Höhn in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12: 1481-1490.
- Oestreich, Heide (2013): Und dann die Rente mit 70, in: *taz*, 13.8.2013
- Rabinow, Paul/Rose, Nikolas (2003): *Thoughts On the Concept of Biopower Today*, online: www.lse.ac.uk/collections, letzter Zugriff 21.08.2012.
- Rürup, B./Gruescu, S. (2003): *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ*, BMFSFJ (Hrsg.), Berlin.
- Sauer, Birgit (2012): *Intersektionalität und Staat. Ein staats- und hegemonietheoretischer Zugang zu Intersektionalität*, online: portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/schluesselfexte/sauer/letzter Zugriff 15.9.2013.
- Schiek, Daniela (2007): „Frauen wollen beides“. In: Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (Hg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*, Wiesbaden: 205-220.
- Schultz, Susanne (2006): *Hegemonie – Gouvernamentalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*, Münster.
- (2009): Mehr Deutsche via IVF, *Gen-ethischer Informationsdienst*, Nr. 194: 39-41.
- (2011): Antinatalismus postkolonial. Zur flexiblen Kontinuität internationaler Bevölkerungsprogramme, in: Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Wohlschlägl, Helmut (Hg.): *Weltbevölkerung. Zu viele, zu wenige, schlecht verteilt?* Wien: 228-245.
- (2012): Biopolitik und Demographie. Eine staatskritische intersektionale Analyse aktueller deutscher Familienpolitik in: Sänger, E./Rödel, M. (Hg.): *Biopolitik und Geschlechterverhältnisse*, Münster: 108-128.
- Steven, Elke u.a. (2013) (Hg.): *Grundrechtreport 2013. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland*, ; Frankfurt/M.
- Ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft) (2003): *Mythos Demografie, Wissenschaftspolitik ver.di*, Bundesvorstand, Berlin.
- ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH) u.a. (2013): *Geburten und Kinderwünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen, Gutachten für die Prognos-AG*, 29.4., Mannheim.